

Gabriela König MdL
Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Hasemauer 8, 49074 Osnabrück

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863

Wahlkreisbüro Osnabrück
Hasemauer 8, 49074 Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832

E-Mail: info@gabriela-koenig.de
Web: www.gabriela-koenig.de

Osnabrück, 12.04.2016

Pressemitteilung

Gabriela König (FDP): Einlenken des Ministeriums in der FSJ-Frage erwartet

Osnabrück, 12.04.2016. Die Osnabrücker Landtagsabgeordnete Gabriela König (FDP) erwartet ein Einlenken des Niedersächsischen Kultusministeriums in der FSJ-Entscheidung. „Es kann nicht sein, dass ein Beschluss die gute Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen beim Freiwilligen Sozialen Jahr mit einem Federstreich beendet“, ärgert sich die Politikerin. „Weder Schulen noch Sportvereine können es sich leisten, allein einen FSJler 39 Stunden pro Woche zu beschäftigen. Sollte die neue Regelung also Bestand haben, werden diese Stellen folglich nicht mehr besetzt. Dabei verlieren alle, die FSJler interessante Stellen, die Sportvereine und Schulen engagierte junge Menschen und die Sportler und Schüler Qualität bei den Sportangeboten.“

In der derzeitigen Form sei auch nicht ersichtlich, dass FSJler den gelernten Kräften Konkurrenz machten. Der TSV Burg Gretesch beschäftige beispielsweise zwei FSJler, die neben ihrer Arbeit im Sportverein auch die Sportlehrer an zwei Schulen unterstützten. „Das klappt großartig und alle profitieren von dieser Lösung“, so König. Blicke es bei der angedachten Regelung, nähmen die Möglichkeiten, mehrere FSJler einzustellen, ab August 2016 leider rapide ab.

Die Landtagsabgeordnete setzt darauf, dass das Ministerium die bewährte Praxis zwischen Sportvereinen und Schulen durch eine entsprechende Regelung gesetzlich verankert, anstatt sie zum Schaden aller zu verbieten. „Wenn etwas gut funktioniert, sollte man praktisch denken und die Grundlagen dafür schaffen, es rechtssicher fortführen zu können“, so König abschließend.